

Holger Hüttel

Rede Märzkämpfe 1921 (am 22.03.2015)

Heute vor genau 94 Jahren, am 22. März 1921 entsteht und tagt im Büro des Metallarbeiterverbandes in der damaligen Dammstraße in Sangerhausen ein Aktionsausschuss, der für den 24. März einen Generalstreik in Sangerhausen beschließt. Zuvor waren hier in unserer Stadt mehrere Protestdemonstrationen, die sich gegen die sehr schlechte wirtschaftliche und vor allem soziale Situation der Arbeiterinnen und Arbeiter aussprachen, durchgeführt wurden. Einen Tag zuvor begann im Mansfelder Revier ein Generalstreik.

Dies drei Tage in der Geschichte der Märzkämpfe in Sangerhausen.

Deutschland befand sich im dritten Jahr nach der militärischen Niederlage des 1. Weltkrieges mit all seinen Auswirkungen. Die Weimarer Republik bestand gerade einmal 28 Monate, deren Verfassung noch keine 19 Monate. Die politische Elite war geprägt von extremen Widersprüchen zwischen Rechts und Links und untereinander. Vor allem auf der linken Seite des Parteienspektrums war keine einheitliche Zielsetzung zu erreichen, was gerade in dieser Zeit notwendig gewesen wäre.

Nach dem vom deutschen Kaiserreich, oder genauer gesagt: vom deutschen Großkapital, maßgeblich initiierten 1. Weltkrieg und deren Niederlage verschärfen sich die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage, und damit vor allem der Arbeiterinnen und Arbeiter zunehmend.

Die Unzufriedenheit mit den politischen Eliten, die vor allen von den Sozialdemokraten gestellt wurde, kam von links und von rechts.

Trotzdem gewann die SPD bei den Wahlen zum preußischen Landtag am 20. Februar 1921 - 26 % der Stimmen und die USPD und KPD zusammen auf nur 14 %.

Anders sah es jedoch im Regierungsbezirk Halle-Merseburg aus. Hier errang ein Bündnis aus USPD und KPD mit 40,5 % fast vier Mal so viele Stimmen, wie die SPD, die auf nur noch 10,6 % absank.

Entsprechend stark war auch die Organisationsfähigkeit und Organisationskraft der Arbeiter in diesem Bereich.

Seit Ende des Kapp-Putsches ein Jahr zuvor, stieg der Zusammenhalt der Arbeiter zunehmend. Es kam immer wieder zu Streiks zur Durchsetzung der legitimen Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die jedoch immer öfter auch durch Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Streikenden geprägt waren.

Um der Lage, vor allen in den Großbetrieben der Mansfeld-AG, durch die Konzernbosse, Herr zu werden, wurde der Versuch unternommen, eine Werkspolizei einzuführen.

Dieser Versuch traf jedoch auf den energischen Widerstand der Belegschaften.

Dieser Widerstand war natürlich für die Monopolbourgeoisie und ihrer Helfershelfer in der Politik nicht hinnehmbar.

Um aus ihrer Sicht heraus, ein weiteres Abdriften des „roten“ Regierungsbezirkes aus ihrem Machtbereich zu verhindern, zumal sich auch noch zahlreiche Waffen in den Händen der Arbeiter befanden, gab der SPD – Innenminister Carl Severing und der Oberpräsident der Provinz Sachsen, SPD Genosse Otto Hörsing den Befehl im mitteldeutschen Raum polizeilich und militärisch einzugreifen.

Am 20. März 1921 trafen erste Polizeiabteilungen in Mansfeld und Eisleben ein.

Hier war den Arbeiterinnen und Arbeitern von Anbeginn klar: Es sollte keine Beruhigung oder Befriedung der Lage erreicht werden, sondern offene Unruhen provoziert werden, um die legitimen Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu diskreditieren und die Proteste und Streiks als einen kommunistischen Putschversuch zu brandmarken.

Das Pulverfass war also vorbereitet und die Lunte gelegt. Und es kam, wie es kommen musste, die Lunte wurde durch die Herrschenden gezündet und das Pulverfass ging hoch.

Nach der Besetzung von Hettstedt, Eisleben und Schafstedt durch Polizeihundertschaften beschloss der Unterbezirk Mansfeld der VKPD für den 21. März einen Aufruf zum Generalstreik.

Dieser Generalstreik eskalierte schließlich, nicht zuletzt durch das unnachgiebige und unverhältnismäßig harte Auftreten der Polizeihundertschaften in eine gewaltsame Auseinandersetzung.

Max Hoelz, bekannt durch seine anarchistischen Taten aus den Jahren 1920/21 im Vogtland rief nun die Arbeiter zum gewaltsamen Widerstand gegen die Polizei auf.

Hierzu bewaffneten sich streikende Arbeiter und organisierten im gesamten Gebiet eine militante Gegenwehr.

Durch die zunehmende Gewalt entglitt auch der KPD die Kontrolle über die bewaffneten Arbeiter. Ca. 2000 Arbeiterinnen und Arbeiter verschanzten sich auf dem Gelände der Leuna-Werke, um sich einem bewaffneten Angriff der Polizeikräfte entgegen zu stellen.

Sangerhausen: Am 24. März findet um 9.00 Uhr eine Versammlung der VKPD auf dem Hüttenplatz statt. Der Sekretär des VKPD Unterbezirkes Franzke ruft zur Unterstützung der Aufständischen im Mansfelder Revier auf. In den Sangerhäuser Betrieben wird gestreikt.

Ein letzter Versuch seitens der KPD die Unterstützung der Arbeiter in ganz Deutschland zu erreichen, war die Ausrufung des Generalstreikes im gesamten deutschen Reich, nachdem am 24. März Reichspräsident Ebert (SPD) den nichtmilitärischen Ausnahmezustand für Hamburg und die Provinz Sachsen erklärt hatte.

Der Aufruf zum Generalstreik verhallte jedoch größtenteils. Nur einige Teile im

Ruhrgebiet, in Thüringen, der Lausitz und Hamburgs zeigten sich solidarisch.

Sangerhausen: Am 26. März 8.00 Uhr Versammlung der VKPD zur Bildung militärischer Formationen.

Einteilung durch Untersekretär Franzke. Die Türme der Ulrich- und Jakobikirche werden mit Maschinengewehrposten (4 Personen) besetzt. August Reich richtet in der Schweizerhütte einen Verbandsplatz ein.

Max Hoelz ist in Sangerhausen und nimmt am Kampf mit dem Eisenbahner-Panzerzug teil.

Der Sangerhäuser Jungarbeiter Herrmann Klaus schließt sich den zurückziehenden Einheiten um Max Hoelz an und nimmt an den Schlusskämpfen im Geiseltal teil.

Er wird in den Kalkbrüchen von Schraplau von der Sicherheitspolizei gefangen und erschossen.

Nach dem Ausruf des Ausnahmezustandes verschärften sich im mitteldeutschen Industriegebiet die Auseinandersetzungen. Die Kämpfe erreichten nun auch Halle-Merseburg, Wittenberg, Delitzsch und Bitterfeld.

Bis Ende März schlugen die Regierungstruppen die Aufstände blutig nieder.

Von mehr als 6000 verhafteten Arbeitern wurden über 4500 von Sondergerichten abgeurteilt. Über 250 Menschen verloren ihr Leben.

Die Toten, die wir hier am Grab stellvertretend für die vielen Toten ehren, mahnen uns, wenn es notwendig erscheint, für unsere Freiheit, für Gerechtigkeit und Humanismus einzustehen und zu kämpfen.

Mahnen uns aber auch, um Niederlagen zu vermeiden, Mehrheiten zu suchen und nicht im Streit untereinander die notwendigen Kräfte zu schwächen.

Es geht auch Heute noch, wie damals, um die Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der Solidarität, der Menschenwürde. Immer wieder werden Wenige versuchen über Viele, über die Massen zu herrschen und dafür alles einsetzen, um ihre Macht auszubauen.

In einer modernen medialen Welt wie heute, haben sie noch mehr und bessere Möglichkeiten diese Macht auszuüben.

Die Arbeiter in der Mansfeld-AG konnten sich 1921 der Überwachung durch den geplanten „Werkssicherungsdienst“ entziehen. Heute kann das niemand mehr. Stichwort NSA und andere Geheimdienste !

So wie damals versucht wurde, notwendige soziale Reformen als kommunistischen Putsch abzutun und die Bürgerinnen und Bürger dagegen zu instrumentalisieren, um von den eigentlich wirklichen Problemen abzulenken, um die eigenen Profite zu maximieren, so geschieht dies immer wieder, auch heute.

Wieder versucht die Eine Welt, die westliche Welt, über alle Anderen zu richten, zu entscheiden. Einen oder Mehrere Gegner zu finden, gegen die es „lohnt“ zu Felde zu ziehen, um von seinen eigenen Fehlern und sogar Verbrechen abzulenken.

Zusammenfassend möchte ich von der Homepage unserer Partei zur Bekanntmachung der heutigen Veranstaltungen zitieren:

Streiken heute Arbeitnehmer, dann geht es um ihre Arbeitsbedingungen, wobei die Streiks lediglich auf verbaler Ebene oder durch Arbeitsniederlegungen kämpferisch verlaufen.

Als im März 1921 150.000 Arbeiter, davon 4.000 bewaffnet, 10 Tage in der Region Halle-Merseburg bis zum Mansfelder Land streikten, endete dies in einer blutigen Auseinandersetzung. Der Hintergrund war neben den Arbeitsbedingungen auch die politische Provokation, welche durch den preußischen Innenminister Carl Severin (SPD) hervorgerufen wurde. Unter falschem Vorwand löste er einen bewaffneten Polizeieinsatz aus, welcher mit dem 19. März 1921 begann.

Auch die Arbeiter im Bereich des Mansfelder Landes und Sangerhausen schlossen sich diesen Streiks an, wobei viele Arbeiter starben oder zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Wir können dies nicht ungeschehen machen oder die Toten wieder ins Leben zurück holen, aber ihr Tod lehrt uns, dass wir sorgsam prüfen müssen, wie wir heute Politik machen, denn unsere Welt ist heute voll von ähnlichen Auseinandersetzungen.

Staatliche Gewalt und Krieg lösen kein einziges unserer Probleme – die Formel von der friedlichen Konfliktlösung ist jedoch leider meist nur ein Traum, aber wir werden diesen Traum wahr machen müssen, denn wir haben nur diese eine Erde.

Diesem Grundsatz und zu Ehren der ca. 250 getöteten, will die Partei DIE LINKE am heutigen 22. März 2015 mit dieser Gedenkveranstaltung erneut zum Ausdruck bringen.